mäßigen inneren Zustände der betreffenden Staaten. Aus dem Staube, den diese Quertreibereien in der italienischen, aber auch in der englischen und französischen Presse aufgewirbelt haben, muß Ihnen klar geworden sein, daß vor gut einem Jahre etwas nicht in Ordnung war. Für uns wird der Dreibund unbedingt seinen bisherigen Defensiv-Charakter behalten und auch ohne jede Einschränkung und Abschwächung bewahren. Wir halten daran gegenüber unseren Verbündeten mit deutscher Treue fest; wir haben aber auch Bürgschaften dafür, daß in allen den beim Abschluß des Dreibundes vorgesehenen Fällen auch unsere Verbündeten fest und treu zu uns stehen. Auf keinen Fall darf unser Dreibundverhältnis verquickt werden mit Angelegenheiten, für die er nicht ins Leben gerufen wurde, namentlich nicht mit Zoll- und handelspolitischen Fragen. (Beifall rechts.) Gewiß erleichtert es uns der Dreibund, uns auch über wirtschaftliche Fragen vertrauensvoll zu verständigen; aber auf keinen Fall ist der Dreibund und seine Erneuerung durch irgendwelche zollpolitischen Zugeständnisse erkauft. Ich konstatiere das namentlich gegenüber Aeußerungen des Herrn Hasse, von denen ich heute in einem Leipziger Blatte las. Man hat ferner gesagt, meine frühere Aeußerung, der Dreibund sei für uns keine Notwendigkeit, hätte den Dreibund geschädigt. Gerade das Gegenteil ist der Fall gewesen. Jene meine Aeußerung hat zu der Erneuerung des Dreibunds wesentlich beigetragen, nicht gegenüber den Regierungen, aber gegenüber den ausländischen Elementen, die behaupten wollten, daß Deutschland den Dreibund besonders nötig hätte. Dem trat ich entgegen mit der Feststellung, daß wir den Dreibund nicht niedriger, aber auch nicht höher einzuschätzen brauchen, als andere, daß wir an demselben kein geringeres, aber auch um kein Atom größeres Interesse haben als andere. Tatsache ist, daß der Dreibund unverändert geblieben ist und dasselbe internationale Schwergewicht behalten, das er bisher besaß. Gewiß, Deutschland ist stark genug, um aller Angriffe sich erwehren zu können, und wir müssen auch Deutschland stark erhalten. Wir wissen aber doch ein Bündnis zu schätzen und sind dankbar für seine Wohltaten. Das Bündnis kehrt aber gegen niemand seine Spitze, sondern soll nur den Frieden soweit gewährleisten, wie dies einer verständigen Politik möglich ist. Wenn Herr Delcassé erklärt hat, der Dreibund zwinge Italien nicht, sich an einem Angriffe gegen Frankreich zu beteiligen, so hat mein verehrter Kollege jedenfalls nur damit sagen wollen, daß der Dreibund nur einen defensiven Charakter trägt, und daß sich von ihm niemand eines Angriffes zu versehen hat. Ich kann mich nur freuen, wenn unsere Herren Nachbarn zu der Einsicht kommen, daß der Dreibund lediglich friedlichen Charakter hat und daß er ein Bollwerk gegen Tendenzen ist, die den Frieden gefährden. — Endlich sprach der Vorredner von dem Orient. Wir streben in Konstantinopel keinen Einfluß an, namentlich aber keinen ausschließlichen Einfluß. Es ist und bleibt für mich ein fundamentaler Grundsatz der Politik, daß wir im Orient keine aktive Politik treiben und für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen. Gerade deshalb steht unser Verhältnis zur Türkei auf einer soliden Basis. Was Makedonien anlangt, so steht Deutschland jeder Maßnahme sympathisch gegenüber, die dort eine Besserung der Verhältnisse anstrebt, ohne den Besitzstand der europäischen Türkei zu gefährden. Die bestehenden Klippen sind bisher von den Kabinetten in Petersburg und Wien glücklich vermieden worden. Die Zustände in Makedonien sind zweifellos verbesserungsbedürftig, aber auch ebenso verbesserungsfähig. Deutschland sympathisiert aufrichtig mit dem Bestreben, Ruhe, Ordnung und Sicherheit herzustellen, wie dies jene beiden Mächte dankenswerter Weise in die Hand genommen haben. Wir halten fest an unserer bewährten Politik im Orient. Wir haben dort keine direkten Interessen, und Deutschlands Mitwirkung wird niemals fehlen, wo es sich um Erhaltung des allgemeinen Friedens handelt.

Abg. Dr. Hasse wirft dem deutschen Bevollmächtigten in Washington Speck v. Sternburg an der Hand der bekannten Interviews vor, die deutschen Interessen nicht genügend zu wahren. Die Hälfte seines Gehalts sollten eigentlich die Vereinigten Staaten übernehmen. Ein Gefühl der Beschämung müsse uns ergreifen bei solchem Tiefstand deutschen Bewußtseins. Redner protestiert weiter gegen die neuliche Aeußerung des Kanzlers von der verschwommenen Gefühlspolitik der Alldeutschen. Das Wort von der gepanzerten Faust sei nicht von alldeutscher, sondern von anderer Seite gesprochen worden. Die Behauptung, daß Ungarn die wichtigste Stütze des Dreibundes sei, sei heute unzutreffend. Redner verbreitet sich eingehend über die Beschimpfung des Deutschtums in Ungarn. Ungarn sei kein Rechtsstaat; an den Gerichtshöfen herrsche Willkür. Es sei nötig, dem magyarischen Größenwahn auf die Finger zu klopfen. — Abg. Oertel (kons.): Es ist eine Ehre, daß Italien bereits hinsichtlich unserer Zollpolitik, speziell Gärtnerei-Erzeugnisse, Gemüse usw. in Betracht kämen. Zusagen gemacht worden seien. Der Dreibund sei für uns weit weniger wichtig als für Oesterreich und Italien, und auch der Handelsverträge bedürften wir lange nicht so sehr als unsere Verbündeten. Es freue ihn, daß wir in Konstantinopel keinen Einfluß anstrebten, aber wir sollten auch im Orient nicht fragwürdige wirtschaftliche Unternehmungen unterstützen und damit das Mißtrauen Rußlands wachrufen. Aus Venezuela seien wir doch nur lediglich hervorgegangen. Mit dem Zusammengehen mit England könne man in diesem Falle einverstanden sein. Aber keinesfalls sollten wir anderen nachlaufen, sondern uns aufhalten lassen. Mit Ehrenwürdigkeiten sollten wir einigermaßen zurückhaltender zu sein uns gewöhnen, sowohl gegenüber England, als auch gegenüber Amerika. Redner übt dann ebenfalls Kritik an den Aeußerungen Speck v. Sternburgs, namentlich an dessen Aeußerungen, daß er auch die Interessen des Landes wahrzunehmen habe, bei dem er akkreditiert sei. Redner wiederholt, politische Freundschaften dürften niemals durch wirtschaftliche Zugeständnisse erkauft werden. — Reichskanzler Graf Bülow: Herr Hasse hat gegen meine Politik scharfe Vorwürfe erhoben. Er verlangt von Venezuela noch eine besondere Sühne. Soll ich an Herrn Castro das Verlangen richten, er solle uns einen Sühneprinzen schicken? (Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich an dem einen chinesischen Sühneprinzen genug habe. (Stürmische Heiterkeit.) Im englischen Parlament hat Lord Roseberry gemeint, England habe von Venezuela 550 Pfund erhalten, Deutschland dagegen 68 000 Pfund, und dieses Verhältnis bezeichne ungefähr überhaupt die Vorteile, welche England habe bei einem Zusammengehen mit Deutschland. Diese Rechnung ist arithmetisch und politisch unzutreffend, in Wirklichkeit sind bei unserem Zusammengehen mit England in der Venezuelafrage Licht und Schatten für beide Teile gleich verteilt. Aber Sie ersehen daraus, wie man in England denkt. Hüben wie drüben schreibt die Kritik vorbei. Wir haben in Venezuela erreicht, was für uns erreichbar war. Mehr anzustreben, wäre ein Fehler gewesen. Der Kanzler nimmt sodann den Bevollmächtigten in Washington Speck v. Sternburg gegen die Angriffe Hasses in Schutz. Dieser habe weder die Aeußerung getan, daß Bismarcks Politik antiquiert sei, noch die Aeußerung, daß er auch die Interessen des Landes wahrzunehmen habe, bei dem er akkreditiert sei. Das Prinzip, daß Diplomaten nicht mit Ausländerinnen verheiratet sein dürften, sei zu jeder Zeit durchbrochen worden. Bismarck selbst habe in zwei Fällen, bei dem ehemaligen Botschafter v. Schweinitz in Petersburg und bei dem Herrn v. Stumm den Konsens für deren Vermählung mit Ausländerinnen bei dem Kaiser beantragt. Der Kanzler bedauert lebhaft, wie sich Hasse über einen Staat und ein Volk, Ungarn, ausgesprochen habe, das seit Jahren zuverlässiger Verbündeter für uns sei. Uns in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einzumischen, haben wir weder ein Recht, weil wir selber es uns verbitten würden, wenn andere sich in unsere Angelegenheiten mischten, noch ein Interesse, weil wir bei solcher Kritik Gefahr laufen, die Unterstützung von Kreisen in jenem anderen Lande zu verlieren, auf welche Deutschland sonst rechnen könne. Wir können und werden niemals zu gunsten fremder Untertanen deutscher Abstammung intervenieren. Wie Fürst Bismarck unsere Beziehungen zu Ungarn jederzeit behandelt habe, so sei es noch heute richtig. Ueber dieses Verhalten Bismarcks lägen ihm augenblicklich zwei Belege vor, an die er hier erinnern wolle. In dem einen Falle handle es sich um einen Erlaß von 1883 an den damaligen Generalkonsul in Budapest, aus Anlaß des damaligen Mittelschulgesetzes, durch welches sich unsere siebenbürgischen Volksgenossen beschwert gefühlt hätten. Bismarck hätte damals zum Ausdruck gebracht, daß wir in innere Angelegenheit Ungarns keinesfalls einzumischen gewillt seien. Wir könnten uns unserer dortigen Volksgenossen ebenso wenig annehmen, wie derjenigen in den russischen Ostseeprovinzen. Wir legten zu viel Gewicht auf unser Verhältnis zu Ungarn, als daß nicht unsere Gemütsbedürfnisse zurücktreten müßten. Wir enthielten uns jeder Kritik der Maßnahmen der ungarischen Regierung und ließen uns in der objektiven Beurteilung der Maßnahmen durch nichts beirren. In zwei Fällen handle es sich um einen Erlaß von 1873 von General v. Schweinitz in Petersburg, der von dem Mißtrauen Andrassys Mitteilungen gemacht hatte, als werde noch die Zeit kommen, wo Deutschland seine Machtstellung auf die Deutschen in Oesterreich-Ungarn auszudehnen gedenke. Damals antwortete Bismarck, Deutschland denke nicht daran, ein Schutzrecht zu beanspruchen über die in Siebenbürgen lebenden deutschen Staatsangehörigen. Wir seien davon ebensoweit entfernt wie von dem Verlangen nach einem Schutzrecht über die Deutschen in den russischen Ostsee-Provinzen. Deutschland enthalte sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns. So Bismarck damals. Er, der Reichskanzler, schließt: Ich glaube, hiermit dem Abgeordneten Hasse den Unterschied klar gemacht zu haben zwischen Phantasie und Wirklichkeit, zwischen Gefühlspolitik und Realpolitik, an welch' letzterer wir festhalten wollen. (Beifall.) — Abg. Gradnauer (Soz.) kritisiert das Vorgehen Deutschlands in Venezuela als zu schneidig und stellt dazu in Gegensatz, wie unsere Regierung gegenüber Rußland ein übermäßig großes Entgegenkommen betätige. Nicht nur russische Angehörige, sondern sogar deutsche Reichsangehörige lasse man bei uns in Deutschland durch russische Polizeispione bespitzeln. Das erstrecke sich sogar auf die Universitäten, die den Polizeibehörden die Papiere russischer Studenten auslieferten. Beruhten denn diese Dinge auf Abmachungen zwischen unserer und der russischen Regierung? Weiter verbreitet sich Redner über Auslieferungen an Rußland. — Staatssekretär v. Richthofen: Es handelt sich nicht um Auslieferungen, sondern um Ausweisungen, für welche die Landesbehörden kompetent sind. (Lachen links.) Ein zweites Kompetenzbedenken gipfelt darin, daß die Wahrung der Interessen russischer Staatsangehöriger in Deutschland doch der russischen Regierung zusteht, und Beschwerden der russischen Regierung über die Ausweisungen sind uns nicht zugegangen. (Erneutes Gelächter.) Im Falle Kalajew liege die Sache so, daß bei Kalajew Schriften verdächtigen Inhalts gefunden wurden; wie sich bei der Haussuchung herausstellte, war der Inhalt direkt aufrührerisch. Für die preußischen Behörden war das ausreichend, um Kalajew auszuweisen. (Rufe: Ausliefern!) Nein, ausgeliefert wurde er nicht, denn es war ja russischerseits gar kein Antrag auf Auslieferung gestellt. Uebrigens hat das Reich ein allgemeines Interesse an dem Treiben der Anarchisten. Die russische Regierung hat uns ersucht, das Treiben der russischen Anarchisten in Deutschland zu überwachen. Diesem Ansuchen sind wir gefolgt. (Rufe: Nun also!) Damit stehen wir nicht vereinzelt da. Auch in Paris und London haben Sie solche Ueberwachungen der Anarchisten; gegen die Anarchisten haben alle Regierungen ein gemeinsames Interesse. Der Staatssekretär legt dann noch dar, in den Fällen der Frauen Kugel und Buchholz habe das Auswärtige Amt getan, was nötig war. Wer aber revolutionäre Schriften ins Ausland bringe, sollte sich darüber klar sein, daß er sich dabei die Finger verbrennen könne. — Abg. Schrader (freis. Vereinig.): Statt den Kalajew auszuweisen, was in diesem Falle zweifellos auf eine Auslieferung hinauslief, hätte unsere Regierung lieber den Kalajew hier prozessieren sollen, denn die russische Justiz habe mit der unserigen nichts gemein. Daß der Dreibund nicht gegen handelspolitische Konzessionen abgeschlossen sei, sei gewiß richtig, aber je freundschaftlicher die wirtschaftlichen Beziehungen der betreffenden Staaten seien, desto sicherer sei auch der politische Halt. In der Presse hat die Hetze gegen andere Nationen jetzt etwas aufgehört, aber dabei darf man nicht stehen bleiben. Auch im Parlament sollte man sich vor Verhetzungen hüten. Wir sind nicht berechtigt, von einer anderen Regierung zu verlangen, daß sie uns zuliebe und so, wie wir es wünschen, in innere Verhältnisse ihres eigenen Landes eingreife. Aber eine Stelle aus dem Erlaß des Fürsten Bismarck an den Generalkonsul in Budapest hätte der Herr Reichskanzler lieber unterdrücken, statt hier zitieren sollen, die Stelle gegen Bunsen. Bei Bismarck, der ein guter Hasser war, war diese Aeußerung begreiflich. Und Dr. Oertel sollte nicht solche Interviews, die nur einem Sensationsbedürfnis dienen (Oertel: Sehr richtig!) hier fruktifizieren. Aktionen, wie die gegen Venezuela, haben auch ihre bedenkliche Seite. Gerade die alten deutschen Firmen dort sind nicht sehr erbaut gewesen von dieser Aktion. Im großen ganzen befindet sich, trotzdem hier und da ein Seitensprung gemacht wird, unsere auswärtige Politik auf dem richtigen Wege. — Abg. Dr Paasche (nat.-lib.) erklärt, Dr. Hasse habe nicht namens der nationalliberalen Fraktion gesprochen; diese lege Gewicht darauf, das ausdrücklich zu konstatieren. (Heiterkeit.) Unser mannhaftes Auftreten in Venezuela habe die Verhältnisse daselbst für uns zweifellos sehr verbessert. — Abg. Beckh (freis. Volksp.) ist im Gegensatz zu Hasse der Ansicht, daß die Anrufung Amerikas in der Venezuela-Frage ein guter Schachzug der deutschen Diplomatie war. Redner bemängelt dann die internationale Ueberhandnahme militärischer Rüstungen. — Schluß der Sitzung gegen 6½ Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde folgenden Ausschußanträgen die Zustimmung erteilt: dem Ausschußantrage betreffend den Zoll- und Salzsteuer-Kontenetat für das Königreich Bayern, dem Ausschuß-Antrage über den Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung des § 51 des Reichsbeamtengesetzes vom 31 März 1873, dem Ausschußantrage über die Vorlage betreffend den Umlauf niederländischer Scheidemünzen innerhalb preußischer Grenzbezirke.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus beriet den Etat des Finanzministeriums, und zwar die auf die Ostmarkenpolitik bezüglichen Titel (widerrufliche Gehalts- und Pensions-Zulage an untere und mittlere Beamte, Erschließung des Umwallungsgeländes und Errichtung eines Residenzschlosses in der Stadt Posen.) Abg. Keruth (freis. Volksp.) beantragt Ablehnung der Ostmarken-Zulage, dafür Annahme einer Resolution, welche eine besondere Vorlage betreffend unwiderrufliche Gehaltszulage in allen gemischtsprachlichen Landesteilen für Lehrer, Staats- und Kommunalbeamte fordert. Abgg. v. Winckler (kons.) und v. Tiedemann (freikons.) treten für die Regierungsvorlage, insbesondere für die Widerruflichkeit der Zulage ein; ebenso Finanzminister v. Rheinbaben, welcher die Bestätigung der Widerruflichkeit als unannehmbar für die Regierung erklärte. Abg. Hubrecht (nat.-lib.) und Dittrich (Zentr.) äußerten schwere Bedenken gegen die Widerruflichkeit. Die Beratung wurde in einer Abendsitzung fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im großherzoglichen Theater zu Oldenburg kommt Hewes „Marie von Magdala" auf besonderen Wunsch des Großherzogs am Palmsonntag zur Aufführung. — Fürst Heinrich XIV. Reuß j. L. hat sich von hier nach Dresden zurückbegeben. — Die Neuwahlen zum Reichstag sollen angeblich am 9. Juni stattfinden. — Das Befinden des Abg. Freiherrn v. Heeremann hat sich verschlimmert, so daß sein Zustand zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt. Der Kranke liegt in fortwährenden Fieberdelirien. Die Nahrungsaufnahme ist äußerst beschränkt, der Kräfteverfall ganz ersichtlich. — Der Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Hamburg, Legationsrat Prinz v. Schönburg-Waldenburg, erhielt den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, der Kapitänleutnant v. Kopp esow das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens.

Dersfeld. (Priv.-Tel.) Hier ist ein Baugerüst eingestürzt, auf dem sich fünf Maurer befanden; einer davon ist tot, die vier übrigen sind schwer verletzt.

Wien. Hier laufen fortgesetzt Nachrichten ein, daß die makedonischen Insurgenten sich im Kampfe gegen die türkischen Truppen der Dynamitbomben bedienten. — Das Bureau des Abgeordnetenhauses beschloß, eine Parlamentswache zu errichten. Der Ministerpräsident erklärte sich bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. — Die „Arbeiterztg." veröffentlicht einen Geheimerlaß des neuen Kriegsministers Pittreich, wodurch nicht nur aktiven, sondern auch inaktiven Offizieren der Beitritt zur Antiduellliga verboten wird.

Wien. In der vergangenen Nacht hat sich ein Dieb in die Stephanskirche eingeschlichen und Edelsteine im Werte von 20 000 Kronen, mit denen das Altarbild geschmückt war, gestohlen.

Budapest. (Priv.-Tel.) Kaiser Franz Joseph ist heute nachmittag nach Wien zurückgereist.

Paris. (Priv.-Tel.) Der deutsche Botschafter Fürst Radolin ist aus Monte Carlo zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Havre. (Priv.-Tel.) Der Streik der Dockarbeiter ist beendet.

Rom. (Priv.-Tel.) Deputiertenkammer. Biancheri wird bei seinem Eintritt in den Saal mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Unterstaatssekretär des Aeußern Baccelli beantwortet bei großer Aufmerksamkeit des Hauses die Anfrage des Deputierten Cirmeni, ob die italienische Regierung in freundschaftlicher Form Auskunft von der englischen Regierung über die angebliche Errichtung einer Kohlenstation an der Bucht von Bomba (Tripolis) verlangt habe. Der Unterstaatssekretär erklärt: Die italienische Regierung habe keine Auskunft zu verlangen brauchen, da der englische Geschäftsträger mit ausdrücklicher Ermächtigung seiner Regierung aus eigenem Antriebe und in bestimmtester Weise versichert habe, die Nachricht von der Errichtung einer Kohlenstation und von anderen Maßnahmen, welche auf eine mehr oder minder ferne Besetzung der Bomba-Bucht durch England hinzielen würden, entbehre vollständig der Begründung. (Lebhafter Beifall.) Eine gleichlautende Erklärung sei dem italienischen Botschafter in London Pansa von dem englischen Minister des Aeußern Marquis of Lansdowne gegeben worden. Die italienische Regierung habe übrigens niemals gezweifelt, daß diese Erklärung von der englischen Regierung herkommen würde, um die Wahrheit in dieser Angelegenheit in bestimmtester Form festzustellen. (Allgemeine lebhafte Billigung.) Cirmeni erklärt sich für vollständig befriedigt.

Gardone (Riviera). In Arco bereiteten die Kurgäste dem durchfahrenden Zuge mit dem Könige von Sachsen einen herzlichen Empfang. Die Ankunft in Gardone erfolgte mit dem Extradampfer „Mocenigo" von Riva aus. Hunderte von Kurgästen empfingen den König mit Hochrufen, die italienische Bevölkerung mit Händeklatschen und Evvivarufen. Der Monarch begab sich alsbald in die Villa Wimmer, die ihm zur Wohnung dient.

Madrid. (Priv.-Tel.) In Portugal soll infolge andaltender Aufregung der Bevölkerung der Kriegszustand über das ganze Land verhängt werden.

Bern. Die Bundes-Versammlung hat in beiden Räten mit großer Mehrheit beschlossen, beim Schweizer Volke die Ablehnung der Volksinitiative zu beantragen, gemäß welcher die künftige Vertretung im Nationalrat nicht mehr auf Grundlage der gesamten Bevölkerung, sondern nur auf derjenigen der Bevölkerung von Schweizer Bürgern erfolgen sollte. Die Annahme dieser Initiative hätte eine Verminderung der Mitglieder des Nationalrats um 20 auf Kosten der Verkehrszentren zur Folge.

Bern. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat zu bevollmächtigten Unterhändlern für die bevorstehenden Unterhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge die Nationalräte Oberst Kuenzli und Frey, Sekretär des Handels- und Industrie-Vereins, ernannt.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Auf der hiesigen dänischen Marinewerft sind große Unterschlagungen entdeckt worden. Die schuldigen Beamten sind geflüchtet.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Auf Befehl des Sultans kehren 12 von den nach Deutschland kommandierten türkischen Offizieren sofort in ihre Truppenteile zurück.

Kairo. (Priv.-Tel.) Der Kronprinz verbrachte eine vorzügliche Nacht. Sein Appetit ist gut. Die erste Ausfahrt des Prinzen Eitel Fritz wurde aufgeschoben.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 218,60. Disconto 195,80. Dresdner Bank 149,90. Staatsbahn —,—. Lombarden 14,70 Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Fest.

Später. (3 Uhr nachm.) Rente 89,80. Italiener 102,50 Spanier 71,70. Portugiesen 32,40. Türken 30,3½. Türkenlose 129,25. Ottomanbank 613,—. Staatsbahn 149,—. Lombarden —,—. Träge.

Oertliches und Sächsisches.

— Am Mittwoch nachmittag passierten mit dem Nord-Süd-Expreßzuge Seine Majestät der König und Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde nebst Gefolge auf ihrer Reise nach Gardone im strengsten Inkognito die Station Bozen-Gries. Am Bahnhofe hatte sich der Königlich Sächsische Kommerzienrat Julius Vogel-Bestenstein eingefunden, mit dem der König während des Aufenthaltes auf dem Bahnsteige promenierte. Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Mathilde verließ mit ihrer Begleitung gleichfalls den Wagen und sprach sich Herrn Kommerzienrat Vogel gegenüber entzückt über ihre Brennerfahrt und insbesondere über die Reise durch das Eisacktal, sowie den bereits das Nahen des Frühlings verratenden Bozner Talkessel aus. Die Prinzessin nahm ein ihr überreichtes Blumenbukett unter Dankesworten entgegen. Den Herrschaften wurden Erinnerungen an ihre Tiroler-Reise, bestehend aus Ansichten der Brennergegend, der Stadt Bozen und des Kurortes Gries und des Endteiles ihrer Fahrt, Gardone mit dem Gardasee, in den Salonwagen gereicht. Während des Aufenthaltes in der Station war den Herrschaften Gelegenheit geboten, den im vollsten Sonnenglanze prangenden Rosengarten zu bewundern. Der König verlieh der Hoffnung Ausdruck, vielleicht zu späterer Zeit in den Schwesterorten Bozen-Gries längeren Aufenthalt nehmen zu können.

— Se. Majestät der König und Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde wurden in Innsbruck von der Frau Erzherzogin Otto begrüßt.

— Se. Majestät der König hat den staatsanwaltschaftlichen Assessor Dr. Schuster in Leipzig vom 1. April an zum Staatsanwalt beim Landgericht Leipzig ernannt.

— Se. Majestät der König hat dem Hilfsarbeiter im Kultus-Ministerium Assessor Dr. Simon Titel und Rang als Regierungsassessor in der vierten Klasse der Hofrangordnung verliehen.

— Herrn Gymnasialoberlehrer Dr. Neubert in Bautzen ist der Titel „Professor" verliehen worden.

— Im Vordergrunde der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten stand als erster Punkt der Tagesordnung die Errichtung einer neuen Elbbrücke an Stelle der alten Augustusbrücke. Das Gutachten der vereinigten Ausschüsse hierzu lautete: „Kollegium wolle beschließen, das vom Tiefbauamte ausgearbeitete und vom Königl. Finanzministerium gutgeheißene Projekt für den Neubau der Augustusbrücke, vorbehaltlich der Umgestaltung der Architektur des Brückenoberbaues, zu genehmigen, die Entschließung über die Ausführung des Baues aber solange auszusetzen, bis ein besonderer Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und dem Staatsfiskus abgeschlossen und von den Stadtverordneten mitvollzogen ist, in welchem die Berechtigung der Stadtgemeinde zur Weitererhebung des Brückenzolles und die Bewilligung eines wesentlichen Zuschusses zu dem Brückenbaue seitens des Fiskus gesichert ist, das Tiefbauamt mit der Vorbereitung der baulichen Durchführung zu beauftragen, hierzu, sowie zur Beschaffung eines die Brücke veranschaulichenden Modells aus dem Brückenbaufonds ein Berechnungsgeld in Höhe von 30 000 Mk. zu bewilligen, eine Ausschreibung unter den deutschen Architekten bei abgeänderten Bedingungen zu erlassen und hierzu ein Berechnungsgeld in Höhe von 10 000 Mk. auszuwerfen." Für den Verwaltungsausschuß referiert St.-V. Architekt Schümichen und bezieht sich dabei auf den seiner Zeit verteilten Druckvortrag des Herrn Stadtbaurates Oberbaurat Klette. Die Notwendigkeit eines Neubaues sei bedingt durch den baulichen Zustand der alten Brücke, der nicht mehr so gut sei, als für einen Umbau erforderlich ist. Die neue Brücke soll sich möglichst dem Charakter der alten anschmiegen, die 14 alten Bogen sollen durch 10 neue ersetzt werden und statt der gegenwärtigen 13 Pfeiler soll sie in Zukunft 9 erhalten. Die Fahrbahn soll auf 18 Meter verbreitert und ihr rechts und links je 3 Meter Trottoir angefügt werden. Die Ausführung ist in zwei Teilen gedacht und zwar so, daß zunächst in der Neustadt die eine Hälfte abgebrochen und der Verkehr über eine Interimsbrücke auf den von Altstadt her stehen gebliebenen alten Teil geführt wird. Nach Fertigstellung des Brückenteiles auf Neustädter Seite wird von Altstadt auf gleiche Weise verfahren. Die Gesamtbaukosten sind auf 5 350 000 Mark veranschlagt. Der disponible Brückenbaufonds beträgt 3 300 000 Mark. Bei der neuen Brücke, wie sie jetzt projektiert ist, wird vor allem der Schiffahrt Rechnung getragen, sodaß damit die endlosen Klagen der Schiffer über falschen Strom endlich in Wegfall kommen dürften. St.-V. Kaufmann Hantke referiert für den Finanzausschuß. Er betont, daß dem Rat noch 2 Millionen Mark zu dem Neubau der Brücke fehlen und daß die Stadt nur auf Drängen der Regierung wegen der Schiffahrt an den Umbau der Brücke herangetreten sei. Die Stadtverwaltung habe gar keine Verpflichtung, jetzt zu bauen, da dies stiftungsgemäß nicht eher zu geschehen brauche, bevor nicht die Summe von 5 350 000 Mark zusammen sei, was noch 10 Jahre dauern könne. Wenn sie sich trotzdem darauf einlasse, einen Neubau schon jetzt auszuführen, dann müsse ihr der Staat einen entsprechenden Zuschuß leisten und die Forterhebung des Brückenzolles genehmigen. Der Berichterstatter für den Rechtsausschuß, St.-V. Schriftführer Rechtsanwalt Müller v. Berneck, führt aus: Die Augustusbrücke habe ihr eigenes Recht und habe ihr eigenes Vermögen in Gestalt eines Brückenbaufonds. Es sei als Grundsatz aufgestellt, der Brückenzoll könne der Brücke nicht entzogen werden. Dieser Grundsatz könne sich jedoch nur auf die alte Brücke beziehen. Der Brückenzoll werde von der Regierung von 5 zu 5 Jahren neu bewilligt, es geschehe dies indessen nur ungern und die Regierung habe die Stände bereits des Oefteren ersucht, in die Abschaffung des Brückenzolles zu willigen. Er sei freilich auch auf Verhält-